Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 128 — Freitag, den 5. Juni 1925 — 20. Jahrgang

Die Räumungsnote der Alliierten endlich übergeben.

Berlin, 4. Juni 1925. Die Botschafter Englands, Frankreichs, Italiens und Japans sowie der belgische Gesandte haben heute mittag dem Reichskanzler die Kollektivnote übergeben, in welcher die alliierten Regierungen der Reichsregierung die Maßnahmen mitteilen, von denen sie die Räumung der nördlichen Zone des Rheinlandes abhängig machen. Die Note und ihre Anlagen werden am Sonnabend morgen veröffentlicht werden.

Das Durchmarschsrecht.

Englands Zugeständnisse an Frankreich.

London, 3. Juni. Die im Augenblick interessanteste Frage ist die: Welche Zusicherungen hat England Frankreich hinsichtlich des Durchmarsches durch die entmilitarisierte Rheinlandzone gegeben? Die Antworten hierauf lauten verschieden. So berichtet der Pariser Vertreter des „Manchester Guardian", daß der Quai d'Orsay am Sonnabend beim Foreign Office angefragt habe, ob der Einmarsch Frankreichs ins Rheinland zur Erfüllung seiner Vertragsverpflichtungen gegen Polen und Tschechoslowakei einen Bruch des vorgeschlagenen gegenseitigen Garantiepaktes bedeute. Diese Frage habe das Foreign Office unzweideutig verneint. Eine Seite weiter schreibt der Londoner Vertreter des gleichen Blattes, daß die obige Meldung in London nicht bestätigt werde. England sei über ganz allgemeine Darlegungen des Grundsatzes des gegenseitigen Paktes nicht hinausgegangen und habe keinerlei detaillierte Aeußerungen erteilt, die späteren Verhandlungen überlassen bleiben müssen. In seinem Leitartikel neigt der „Manchester Guardian" dazu, die Ansicht seines Londoner Vertreters für richtig zu halten wobei er aber gleichzeitig die Befürchtung ausspricht, daß Frankreich den Ausführungen Englands eine weitere Auslegung gegeben hat, als das Foreign Office es beabsichtigte. Die Franzosen hätten also den Aeußerungen des Foreign Office eine größere Bedeutung beigelegt als sie eigentlich besitzen. Was England wolle, sei zunächst einmal die Annahme des Grundsatzes des gegenseitigen Garantiepaktes, wobei die Ausdrücke „Garantie" und „Gegenseitigkeit" erst später ausgelegt werden sollten. Im Gegensatz zu der übrigen Presse meint der „Manchester Guardian", daß es vielleicht gar nicht zu schwer sei, die französisch-polnischen Vertragspflichten in Einklang mit dem gegenseitigen Garantiepakt zu bringen. Wie so oft, so könne auch hier der Völkerbund die Lösung bieten, denn im Falle eines Völkerbundskrieges könne Frankreich durch Deutschland marschieren, nachdem dieses dem Völkerbund beigetreten sei.

Soweit sich bis jetzt überblicken läßt, scheint alles davon abzuhängen, was in dem französisch-polnischen Vertrag steht. Verpflichtet sich Frankreich hierin, seinen Verbündeten nur in Ausführungen einer Völkerbundssanktion zu Hilfe zu kommen? Diesen Ansprüchen dürfte England nicht widersprechen, da England nichts von einer Außerkraftsetzung des Artikels 16 der Völkerbundssatzungen zugunsten Deutschlands wissen will. Oder hat sich Frankreich verpflichtet, Polen unter jeder Bedingung, also auch ohne Genehmigung des Völkerbundsrates zu Hilfe zu kommen? Ob England dies gebilligt hat, muß im Augenblick zum mindesten als zweifelhaft erscheinen. Vielleicht erklärt sich hieraus die augenscheinlich verschiedene Auslegung der englischen Zusicherung.

Keine Sicherheitspaktkonferenz.

London, 3. Juni. Bezüglich der von verschiedenen Blättern verbreiteten Gerüchte, daß zwecks Beratung des Sicherheitspaktes eine Konferenz einberufen werden sollte, ist Reuter zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Meldungen unzutreffend seien. Jedenfalls sei der augenblickliche Stand der Verhandlungen ein derartiger, daß man nicht sagen könne, der Augenblick sei für eine Konferenz geeignet.

Frankreichs wachsende innerpolitische Sorgen.

Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt seinem Blatte, daß die französische Aufmerksamkeit sich in erheblichem Maße auf innere Angelegenheiten konzentriere, namentlich auf die Finanzschwierigkeiten; die auswärtigen Angelegenheiten würden von nun an weit weniger Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, als es jemals während der letzten zehn Jahre der Fall war. Die französische Regierung erwäge die Ernennung eines Ausschusses von Sachverständigen außerhalb des Parlaments, der umfangreiche Machtbefugnisse erhalten werde, um die Zahlungsfähigkeit Frankreichs, die Frage der Regelung des Budgets und die Bezahlung der Schulden zu untersuchen.

Der Kampf um Schwarz-weiß-rot zurückgestellt.

Nachdem die Deutschnationalen in der Aufwertungsfrage erneut ihren Wählern und Mitläufern eine gräßliche Enttäuschung bereitet haben, müssen diese letzteren jetzt eine neue Pille schlucken. Aber diesmal sind an dem großen Umfall nicht nur die Deutschnationalen beteiligt, sondern alle im Rechtsblock vereinigten Parteien. Die Präsidentenwahl wurde von ihnen nur unter der Parole schwarzweißrot gemacht. Hand in Hand mit dieser Parole ging die Verhöhnung der verfassungsmäßigen Reichsfarben Schwarz-rot-gold. Die Suggestion der Massen, die dem Rechtsblock zujubelten, ging so weit, daß die meisten Rechts-Wähler und -Wählerinnen glaubten, mit dem Einzug Hindenburgs würden automatisch die Farben Schwarz-weiß-rot als Reichsfarben gelten. Daß der neue Reichspräsident Hindenburg an dieser Irreführung des Volkes unbeteiligt war, stand für uns immer fest. Aber jeder Zweifel, den jemand haben sollte, wird behoben, wenn das sensationelle Abbremsen der Flaggenfrage bekannt wird, von dem die „Leipziger Neuesten Nachrichten" wie folgt berichten.

Kein Aufrollen der Flaggenfrage.

Unsere Berliner Schriftleitung meldet uns: In den letzten Tagen beschäftigt sich ein Teil der deutschen Presse eingehender als sonst mit dem bei uns herrschenden Flaggenstreit, und behauptet, daß die Entscheidung demnächst durch eine Volksabstimmung fallen werde. Naturgemäß haben diese Betrachtungen eine gewisse Unruhe in die Oeffentlichkeit hineingetragen, so daß es notwendig erscheint, zu betonen, daß die kürzlich getanen Aeußerungen des deutschnationalen Ministers Schiele die Ursache zu den Kombinationen sind und zweifellos falsch verstanden und ausgelegt wurden.

Es sind nicht nur die den Deutschnationalen nahestehenden Kreise, in diesem Punkte verbinden sich mit ihnen Anhänger der verschiedensten Parteien bis weit nach links hin, die die Ansicht vertreten, daß die Weimarer Verfassung als Verlegenheitsprodukt noch des Ausbaues und der weiteren Verbesserung bedarf. Daß bei Neuregelung der Verfassung auch die Flaggenfrage eine erhebliche Rolle spielen wird, steht fest. Es denken aber weder die Deutschnationalen, noch, wie vielfach behauptet wird, die Deutsche Volkspartei daran, in diesem Augenblick irgendeine beschleunigte Lösung herbeizuführen, oder eine Volksabstimmung zu erzwingen. Man rechnet vielmehr damit, daß die Flaggenfrage sich im Laufe der Jahre aus sich selbst heraus weiter entwickeln und zu einer Entscheidung heranreifen wird, und daß gerade der augenblickliche Zeitpunkt, wo wir vor große außenpolitische Probleme gestellt werden, die unsere ganze Kraft und Einigkeit im Innern erfordern, für die Lösung dieser heiklen Angelegenheit so ungeeignet wie möglich ist.

Gerade die hinter uns liegenden Festtage mit den zahlreichen Meldungen über erneute ernsthafte Zusammenstöße zwischen den Vertretern des „Reichsbanners Schwarzrotgold" und solcher Verbände, die zu Schwarzweißrot halten, zeigen, wie scharf sich die Gegensätze zugespitzt haben und daß jetzt eine Abstimmung unter der Parole der Flaggenfrage zu den unangenehmsten Begleiterscheinungen führen müßte. Weder in Regierungskreisen noch bei den Parteien denkt man ernstlich daran, die Entscheidungsschlacht im Flaggenkampfe schon jetzt entbrennen zu lassen. Auch der Reichspräsident selbst würde kaum einem solchen Plane augenblicklich Zustimmung und Billigung geben können. Alle Mutmaßungen also, die sich an die Veröffentlichungen der letzten Tage knüpfen, sind irrtümlicher Natur.

Der Aufstand in Schanghai.

Fremdenfeindliche Bewegung in China.

Schanghai, 3. Juni. Die Ausstandsbewegung nimmt einen fremdenfeindlichen Charakter an, wobei sich besonders die Studenten in der Agitation bemerkbar machen. Durch den Generalstreik wird der Handel schwer geschädigt. Die deutschen Kaufleute beteiligen sich an den Arbeiten der Nothilfe: an den militärischen Maßnahmen sind sie unbeteiligt.

Newyork, 3. Juni. Die Lage in Schanghai wird als überaus ernst angesehen. Flugblätter fordern zum offenen Generalstreik und Vertreibung aller Fremden auf. Neue Zusammenstöße erfolgten bis zur Stunde nicht. Nach amerikanischen Meldungen wird die Streikbewegung ganz offen von russischen und chinesischen Kommunisten geschürt. Die Vertreter der Mächte forderten bei ihren Regierungen weitere Kriegsschiffe an sowie die Landung von Marinesoldaten. Augenblicklich beherbergt Schanghai drei amerikanische Zerstörer und ein Fluß-Kanonenboot, einen französischen Kreuzer und einen Zerstörer, ein englisches und drei japanische Fluß-Kanonenboote und einen italienischen Kreuzer. Gleichzeitig mit den Meldungen aus Schanghai kommen Meldungen aus Kanton, daß auch dort die Lage äußerst kritisch sei.

18 Tote, 60 Verwundete.

London, 3. Juni. Nach den neuesten Meldungen aus Schanghai wurden bei den dortigen Unruhen 18 Personen getötet und 60 verwundet. Ausländer befinden sich nicht darunter. Prinz Georg von Großbritannien ist gestern in Schanghai angekommen, um heute nach Wei-Hai-Wei weiterzureisen. Mit Rücksicht auf die Unruhen hat der englische Konsul alle zur Bewachung des Prinzen erforderlichen Maßnahmen getroffen.

Nach weiteren Nachrichten aus Schanghai hat sich die Lage noch keineswegs gebessert. Zweitausend französische und italienische Marinesoldaten sind gelandet worden. Japanische und englische Truppen werden für heute erwartet. 30 000 Arbeiter sind im Streik. Der Telephon und Telegraphendienst ist gestört. Vor Schanghai liegen amerikanische, japanische, französische und englische Kriegsschiffe. Das Ausländerviertel ist für Eingeborene gesperrt worden. Den Behörden sind Beweise in die Hände gefallen, daß die Streikbewegung von den Sowjetvertretungen weitestgehend unterstützt wird.

Weitere Ausdehnung der Unruhen.

Schanghai, 3. Juni. Die gegen die Ausländer gerichtete Streikbewegung nimmt ständig zu. Sämtliche Ausländern gehörende Fabriken sind in Mitleidenschaft gezogen. Etwa 3000 Streikende griffen die japanischen Eiswerke an. Die Polizei feuerte in die Menge. Eine Person wurde getötet und 5 verletzt. Die Angriffe gegen einzelne Ausländer dauern an. Eine Anzahl Aufrührer bewarfen Straßenbahnwagen mit Steinen und verwundeten eine Anzahl von Frauen. Vier Abteilungen von britischen Marinesoldaten und Matrosen sind heute abend hier gelandet morgen wird eine gleichgroße Zahl landen.

•

London, 3. Juni. Einer Meldung des „Star" aus Schanghai zufolge ist der Aufruhr gegen die Fremden, insbesondere die Engländer und die Japaner, der, wie es heißt, auf bolschewistische Propaganda zurückzuführen sei, in Schanghai ernster geworden. Kundgebungen seien in Peking, Kanton, Tsingtau und Mukden veranstaltet worden. Die Ausländer in Schanghai seien mobilisiert und mit Revolvern zur Selbstverteidigung versehen. Die Polizei habe Befehl, alle Unruhestifter niederzuschießen.

Schanghai, 3. Juni. Die Unruhen in der Stadt dauern an. In den Außenvierteln wurde eine Reihe von Ausländern von Chinesen überfallen, in der Mehrzahl der Fälle aber von Militärpatrouillen vor weiterem Schaden bewahrt. Im Zentrum der Stadt wird noch gekämpft. Viele Chinesen sind bei diesen Kämpfen ums Leben gekommen oder verwundet worden. Nach den letzten Feststellungen sind 21 streikende Arbeiter getötet und 65 verwundet. Eine Ausländerin wurde durch einen Steinwurf getötet.

Peking, 3. Juni. Die Studenten hielten eine Versammlung ab, in der u. a. Abberufung und Bestrafung des britischen Konsuls in Schanghai, Verurteilung derjenigen Polizeibeamten, die während der Unruhen in Schanghai auf Studenten geschossen haben, zum Tode, Entschädigung für die Verwandten der Getöteten, Entschädigung der britischen Regierung und Rückerstattung der Konzession gefordert wurden. Es wurde auch verlangt, daß alle wirtschaftlichen Beziehungen mit Großbritannien gelöst, die Einlagen bei britischen und ja-